

TRANSKRIPT

INKEN HELDT:

Alle sind sich einig, Digitalisierung ist eins der großen Themen schlechthin, wir brauchen mehr „Bildung für die digitale Welt“ und wir müssen die Bildungspläne der Schulen darauf neu ausrichten.

Das gilt auch für den Unterricht der Politischen Bildung.

Viele Erklärungen zum Thema Digitalisierung aus der Bildungspolitik, aber auch aus dem wissenschaftlich-fachdidaktischen Diskurs, die lesen sich so, als ob der Unterricht jetzt ein ganz **neues** Set von Lerninhalten und Lernzielen vermitteln muss. Es wird quasi suggeriert, dass sich „digitale Bildung“ oder „digitale Kompetenzen“ auf *etwas ganz Neues* beziehen: Auf einen Bereich, den es vorher nicht gab, nämlich auf die „Digitale Welt“ –. Und häufig lesen sich die Erklärungen und Überlegungen zum Thema so, als dass es darum gehen müsste, mit diesem neuen Bereich, dieser neuen „Digitalen Welt“, möglichst kompetent umzugehen, sich vor ihren Gefahren zu schützen.

In diesen Gedanken schwingt eine bestimmte Vorstellung von der „Digitalen Welt“ mit:

Die „Digitale Welt“ wird darin in Differenz zu einer „Analogen Welt“ gedacht, quasi als ihr Gegenüber. Suggeriert wird damit, man könnte beides trennen, man könnte beides voneinander abgrenzen: Die „Analoge Welt“ auf der einen und die „Digitale Welt“ auf der anderen Seite.

Was denken Sie, ist daran jetzt falsch, oder sagen wir mal: Was an dieser Vorstellung ist *verengt*?

Verengt ist die Annahme, dass man die „Digitale“ und die „Analoge Welt“ gegenüberstellen kann. Im Diskurs der Sozialwissenschaften ist man sich einig, dass man beide Welten schon lange nicht mehr trennen kann – sie sind komplett miteinander verwoben. Es gibt keine separate „Analoge Welt“, und auch keine separate „Digitale Welt“. Analytisch hilfreich ist in diesem Kontext die Unterscheidung von zwei Begriffen: „Digitalisierung“ und „Digitalität“.

Digitalisierung bezieht sich eher auf technische Aspekte, es geht um die Umwandlung – also die „Migration“ – von analogen in digitale Informationen.

„Digitalität“ demgegenüber bezieht sich eher auf das, was durch die Digitalisierung passiert:

Es geht um neue Bedingungen und Logiken von Kommunikation, wie wir aufwachsen, wie wir wirtschaften, um neue Bedingungen der gesellschaftlichen Ordnung. Felix Stalder hat dafür den Begriff der „Kultur der Digitalität“ geprägt.

Für uns als Sozialkundelehrer*innen ist die Unterscheidung hilfreich, weil damit ein Perspektivwechsel auf unseren Bildungsauftrag einhergeht: Es geht eben nicht allein darum, Schüler*innen fit zu machen im *Umgang* mit neuen Medien. Das bleibt zwar ein wichtiger Auftrag. Aber es geht eigentlich um noch was **noch viel Grundlegenderes**: Es geht um die Förderung von politischer Urteilsfähigkeit und zwar zur Frage, in welcher Gesellschaft wir leben wollen. Es geht um Fragen, die die **Ordnung der Gesellschaft** betreffen, und die damit uns selbst betreffen, mittelbar oder unmittelbar.

Es geht zum Beispiel um die Frage, wie es um die Möglichkeit **der Selbstbestimmung** unter den Bedingungen von Digitalität bestellt ist.

Es geht um die kritische Befragung der digital-medialen Infrastrukturen, die sich in unser Leben einschleichen, auf die wir aber keinen direkten Zugriff haben. Es geht damit um **Rahmenbedingungen**, die uns prägen, die uns Chancen zuteilen, die sich in die Praktiken des Zusammenlebens einschreiben, die sich aber der bewussten Wahrnehmung in der Regel entziehen. Was sich unserer Wahrnehmung entzieht, kann sich nur schwer der Kritik und einer Kontroverse um Alternativen ausgesetzt werden.

Da sind wir bei der Frage, was der Auftrag von Politikunterricht in einer von Digitalität geprägten Welt ist.

Wie würden Sie diese Frage beantworten?

Ich würde sagen: Wir müssen uns nicht mit etwas ‚Zusätzlichem‘ beschäftigen, sondern mit etwas, das schon immer unser Kerngeschäft als Sozialkundelehrer*innen war. Ein reflektiertes Verhältnis des Menschen zu Politik und zu Gesellschaft zu vermitteln, um damit ein reflektiertes Verhältnis des Menschen zu sich selbst zu ermöglichen. Der Kontext dieses Kerngeschäftes ist eine *durch Medien vermittelte* und *durch Digitalität geprägten* Welt. Das macht es erforderlich, im Unterricht für die – gewissermaßen unsichtbaren - Wirkkräfte und für die Funktionslogiken des Digitalen und des MediaLEN zu sensibilisieren. Zum Zweck einer groben Orientierung lassen sich drei Aufgabenfelder unterscheiden.

Erstens geht es um die Förderung von handlungs- und nutzungsbezogenen Kompetenzen. Beim Handeln und Nutzen geht es grob gesagt um das Rezipieren, das Kommunizieren und das Partizipieren im digitalen Raum.

Zweitens geht es um die Förderung von politischer Urteils- und Analysekompetenz. Diese Kompetenz bezieht sich auf konkrete digitalitätsbezogene Inhaltsfelder – zum Beispiel auf das Thema Algorithmen oder Datafizierung und so weiter. Die politische Brisanz der jeweiligen Themen ist sozusagen der Fokus der Auseinandersetzung.

Dann gibt es noch einen dritten Bereich. Dieser ist von den anderen beiden Bereichen analytisch zu trennen. Gemeint ist der Bereich von Unterrichtsmedien. Konkreter: der didaktisch-funktionale Einsatz von digitalen Medien zur Gestaltung von Bildungspraxis

Die Aufgabenfelder sind nicht trennscharf zu unterscheiden, sondern sie stehen in einem komplementären Verhältnis zueinander, sie sollten in der Praxis miteinander verzahnt werden.

Was also ist Kritische Rezeptions - und Quellprüfungskompetenz?

Informationen zu beschaffen, kritisch auszuwerten, Quellen zu prüfen, mit denen ich – manchmal ungewollt – in Verbindung komme. Das war schon immer ein Kernanliegen der Politischen Bildung, schon im Vor-Digitalen Zeitalter: Es geht also um die Förderung eines *kritisch-reflektierten Umgangs* mit medial vermittelten Informationen, zum Beispiel aus Presse, Rundfunk, Fernsehen. Und es geht um die Fähigkeit der *kriteriengeleiteten Beurteilung* der Qualität dieser medialen Inhalte.

Das wiederum ist eine zentrale Voraussetzung der politischen Urteilsfähigkeit. Eine möglichst reflektierte Auseinandersetzung hilft uns, unseren eigenen Standpunkt zu entwickeln und zu schärfen. Es geht darum, die Quellen unseres Wissens kritisch zu befragen.

Im Vergleich zum vor-digitalen Medienzeitalter haben sich die Anforderungen an die Analyse- und Urteilskompetenzen der Rezipient:innen nicht nur verändert, sondern auch erhöht.

Was würden Sie sagen, welche zusätzlichen Anforderungen an die Rezipient:innen medialer Inhalte ergeben sich im Zeitalter der Digitalität?

Eine Herausforderung ist das schwer durchschaubare Nebeneinander von unterschiedlichen Kommunikationsinhalten im Netz: Ein Teil der Inhalte kommt von anderen privaten Nutzer*innen, andere Inhalte sind gewerblich, wieder andere wurden von professionellen Journalist*innen erstellt. Für uns bleibt häufig undurchsichtig, von wem welche Inhalte stammen und vor allem welche Absichten durch das Publizieren verfolgt werden. Soll es in einem bestimmten digitalen Beitrag tatsächlich nur um das Teilen des persönlichen Lieblingsrezepts gehen? Oder bekommt die Person auch ein Honorar von Herstellern der Zutaten? Oder steht das Rezept gar im Zusammenhang mit einer bestimmten Lebensphilosophie für die eigentlich geworben werden soll?

In der Regel werden Beiträge nicht als werbend oder als politisch gekennzeichnet. Genau das kann dann zu Kontextualisierungsschwierigkeiten führen, vor allem bei der Konfrontation mit Hate Speech, also mit diskriminierender Propaganda, die mir vielleicht gar nicht auf dem ersten Blick offensichtlich erscheint, oder bei der Konfrontation mit verschwörungstheoretischen Aussagen oder mit Fake News, also mit manipulativen, irreführenden Inhalten.

Ein wichtiges Bildungsziel des Sozialkundeunterrichts ist Ambiguitätstoleranz. Das meint die Fähigkeit, eine kritisch-reflexive Distanz zu Widersprüchen, zu Uneindeutigen und zu Ungewissheiten einzunehmen. Wir brauchen Ambiguitätstoleranz, um mit widersprüchlichen Informationslagen umzugehen und diese gewissermaßen auszuhalten, also mit Beiträgen, die einen ungewissen Wahrheitsgehalt haben, der sich kaum vollständig aufklären lässt.

Durch den Sozialkundeunterricht sollen Schüler*innen befähigt werden, an der Gesellschaft teilzuhaben, oder, besser noch, sich an der *Gestaltung* von Gesellschaft zu beteiligen, sich also in gesellschaftliche Fragen einzumischen. Wir sprechen hier von der Förderung „politischer Handlungsfähigkeit“. In Bezug auf digitale Medien geht es dabei um die Befähigung von Lernenden, Handlungsgelegenheiten auch im Netz zu erkennen und zu ergreifen.

Ein wichtiger Bestandteil von politischem Handeln ist politische Kommunikation. Dazu zählen Aktivitäten wie die **Diskussion** und die **Kommentierung** gesellschaftsrelevanter Themen. Etwa auf News-Foren oder entlang von Hashtags. Wir können im digitalen Raum mit solcher Kommunikation unserer Position Gehör verschaffen und zur öffentlichen Willensbildung beitragen.

Der digitale Raum hat neue Formen und neue Dynamiken von politischen Handlungen entstehen lassen, die nur bedingt in die bisher etablierten Definitionen davon passen, was „Partizipation“ ist.

Welche neuen Handlungsmöglichkeiten kennen Ihre Schüler:innen und nutzen sie bereits vielleicht? Eine hilfreiche Unterscheidung bietet Jan van Deth (2014) an. Er nimmt eine Vierteilung von Aktivitäten vor:

Erstens: Aktivitäten, die sich im Rahmen staatlich geschaffener Partizipationsformate vollziehen. Damit ist zum Beispiel die Teilnahme an öffentlichen Online-Konsultationen gemeint.

Zweitens: Aktivitäten, die den institutionalisierten Politikbetrieb adressieren. Also zum Beispiel digitale Petitionen von zivilgesellschaftlichen Plattformen.

Drittens: Aktivitäten, die als „bottom up“-Initiativen darauf zielen, Veränderungsprozesse für kollektive Probleme anzustoßen. Damit ist zum Beispiel

die kollaborative Erstellung gemeinnütziger Wikis oder die Organisation von Unterstützungsleistungen für Geflüchtete gemeint.

Viertens: Individuelle kommunikative oder expressive Akte. Zum Beispiel der Boykott bestimmter Tools oder Plattformen.

Die Schule sollte Schüler:innen im Idealfall Handlungskompetenzen für alle diese Partizipationsformate vermitteln.

Wichtig ist die Feststellung, dass netzbasierte **Partizipationsformate** und netzbasierte **Diskursformen** immer auch unter einem bestimmten Aspekt reflektiert werden sollten: Dem Aspekt nämlich, dass der Zugang zur digitalen Öffentlichkeit ungleich ist und nicht inklusiv. Dieser Umstand führt zu einer **asymmetrischen** Repräsentation von Interessen – man spricht hier auch von einem neuen gesellschaftlichen *Graben*, dem ‚digital divide‘. Digitale Ungleichheit umfasst dabei nicht nur den ungleichen Zugang zum Internet, sondern auch Ungleichheiten in der *kompetenten Nutzung digitaler Ressourcen* und Ungleichheiten in der Fähigkeit, aus der Webnutzung persönliche Vorteile zu generieren. Der Digital Divide umfasst also Access, Skills und Outcome. Insofern gilt es, einem einseitig enthusiastischen Bild von digitaler Partizipation als einem grenzenlosen, egalisierenden Teilhabe-Angebot der Demokratie vorzubeugen, ohne andererseits aber die Chancen von digitaler Partizipation zu verkennen.

Neben den Inhalten – der Frage, WAS kommuniziert wird - steht auch *die Art und Weise* der Kommunikation im Fokus, also die Frage: *Wie* kommuniziert wird. Wir als Politiklehrkräfte haben die Aufgabe, die Schüler:innen zu befähigen, **menschenverachtende Narrative** zu erkennen. Wir müssen sie für Formen von ‚Hate Speech‘ **sensibilisieren** – und mit ihnen gemeinsam Antwort auf die Frage finden, wie man eigentlich reagieren kann, wenn man ungewollt damit konfrontiert wird. Soll man sich an einer Diskussion beteiligen oder helfe ich der Hassbotschaft mit meiner Gegenrede, nur

noch mehr Reichweite zu erhält? Fest steht: Wir müssen Schüler:innen ermutigen, die eigenen netzbasierte Kommunikationsaktivitäten menschenrechtskonform und menschenwürdig zu gestalten.

Eine unterrichtliche Beschäftigung mit Digitalisierung und Digitalität muss die Fähigkeit zur politischen Kommunikation, zur Partizipation sowie zur kritischen Rezeption von medialen Wissensressourcen beinhalten – Das sind Ziele, die sind unbestritten relevant. Sie gelten als anwendungs- und nutzungsorientierte Ziele beziehungsweise Kompetenzen. Es gibt darüber hinaus mindestens noch ein weiteres Ziel: Das der kritisch-reflexive Selbstpositionierung des Einzelnen gegenüber der Digitalität und ihren sozialen und politischen Folgen zum Beispiel in Hinblick auf Prozesse einer fortschreitenden Algorithmisierung und Datafizierung.

Für eine kritisch-reflexive Selbstpositionierung bedarf es der Auseinandersetzung mit grundlegenden Kennzeichen von Digitalität, also zum Beispiel mit der Abbildung der Welt in Daten, den Vorgängen der ständigen Datenerhebung und -analyse und so weiter.

Ein zentrales Thema sind Algorithmen und die Algorithmisierung von Kommunikation. Algorithmen gelten als **die** grundlegende Strukturbedingungen von digitalen Medien, und damit auch von Social Media. Unter „algorithmischen Empfehlungssystemen“ werden Technologien verstanden, die über fast alle Nachrichten, Postings, Suchergebnisse, Werbeanzeigen entscheiden, die uns im Netz angezeigt werden. Ihr Ziel ist es, ein möglichst auf persönliche Interessen abgestimmtes Angebot zu präsentieren – das Stichwort hier heißt „Personalisierung“.

Algorithmen in digitalen Medien sind für die politische Bildung also relevant, weil sie Einfluss auf das Informationsangebot nehmen und damit au-

tomatisch auch auf das Informationsverhalten und auf die Meinungsbildung ausüben. Sie üben Einfluss aus auf das, was ich zu Gesicht bekomme im Internet und das wiederum prägt meine Meinung.

Was denken Sie – ist Ihnen Schüler*innen das bewusst?

Man spricht vor diesem Hintergrund von einem digitalen **Strukturwandel der Öffentlichkeit**: Plattformen wie Google, YouTube oder Instagram machen den klassischen Massenmedien, also den etablierten Verfahren der politischen Meinungsbildung, Konkurrenz – zugunsten einer neuen Logik einer algorithmisch gesteuerten **Aufmerksamkeitsökonomie**.

Algorithmen sind auch der **Schlüssel zu Vernetzungsmöglichkeiten** zwischen Nutzer:innen. Es sind Algorithmen, die mir vorschlagen, was und wem ich folgen könnte, was interessant für mich wäre.

Mit dieser algorithmisch angeleiteten Vernetzung hängen zwei Begriffe zusammen, die Sie ganz sicher schon gehört haben. Der Begriff **der Echokammer** und der Begriff der **Filterblase**. Sie werden häufig in einem Atemzug genannt, unterscheiden sich aber voneinander.

Kennt jemand von Ihnen den Unterschied?

Das Konzept der Filterblase beschreibt, dass die algorithmische Selektion darüber entscheidet, welche Inhalte und Informationen wir überhaupt angezeigt bekommen. Was wir angezeigt bekommen, wird algorithmisch individuell festgelegt, - und zwar auf der Grundlage der Daten, die wir - bewusst oder unbewusst – im Netz hinterlassen, zum Beispiel durch vorherige Suchanfragen.

„Filterblase“ meint, dass wir vor allem solche Inhalte angezeigt bekommen, die für uns vermeintlich *relevant* oder *interessant* sind. Dabei kann das inhaltliche Spektrum an Informationen, die uns angezeigt werden, eingeschränkt werden. Ein vereinfachtes Beispiel verdeutlicht diesen Punkt:

Ich möchte mein ganzes Zimmer blau einrichten, also suche ich nach blauen Möbeln. Mir werden dann automatisch auch nur blaue Kleidungsstücke angezeigt, weil der Algorithmus lernt: „da mag jemand blau“. Das kann Zeit ersparen und Vorteile mit sich bringen. Schwierig wird es dann, wenn ich irgendwann beginne zu denken, dass es nur noch blaue Gegenstände gibt.

Die Selektionsmechanismen von Algorithmen sind nicht *sichtbar* und in der Regel nicht *einsehbar*. Bürger:innen fehlt oftmals das Wissen um diese Selektionslogiken und sie wissen somit nicht, welche Inhalte sie *nicht* wahrnehmen. Das kann die Qualität ihrer Urteilsbildung über politische und gesellschaftliche Zusammenhänge beeinflussen, oder besser: beeinträchtigen.

Der Begriff **der Echokammer** besagt, dass man sich in sozialen Netzwerken mit Gleichgesinnten gruppiert, zum Beispiel in Facebook-Gruppen. Diese „Kammern“ sind oft halb-öffentliche. Wir werden darin mit Beiträgen konfrontiert, die uns interessieren, die wiederum von anderen Mitgliedern dieser Gruppen stammen, die ähnliche Interessen oder Meinungen haben wie wir selbst.

Echokammern bergen die Gefahr, dass sich bestimmte Überzeugungen verstärken, weil ähnliche Ansichten von allen Seiten widerhallen, wie ein Echo eben. Das können auch populistische Narrative oder sogar Verschwörungsnarrative sein, die da widerhallen. Gegenteilige Positionen jedenfalls gelangen kaum durch.

Das ist offensichtlich eine Gefahr von Echokammern und Filterblasen *für uns selbst*: Unser Weltbild schränkt sich ein, und das meist ohne, dass wir es merken.

Diese Kammern sind jedoch keine Eigenheit der digitalen Welt. Es gibt sie schon sehr viel länger. Menschen suchen Gleichgesinnte, weil wir gerne hören, dass wir recht haben, dass wir etwas richtiggemacht haben, dass wir gut so sind, wie wir sind. Wir selektieren also zunächst selbst. In der digitalisierten Welt können wir Echokammern jetzt aber auf der Grundlage von Daten vermessen, in gewisser Weise also leichter sichtbar machen als in der analogen Welt.

Damit hängt ein weiterer Aspekt zusammen. Dieser betrifft die gesellschaftliche Ebene und kursiert unter der These einer „**Fragmentierung der Öffentlichkeit**“.

Fragmentierung, das meint: **in einzelne Teile zerlegen**.

Gemeint ist damit, dass eine Unterteilung der gesellschaftlichen Öffentlichkeit stattfindet, eine Unterteilung in Teil-Öffentlichkeiten oder in unterschiedliche diskursive Räume, die voneinander getrennt sind.

Das traditionelle Massenpublikum zerfällt in eine Vielzahl isolierter, in sich weitgehend homogener Partikular-Öffentlichkeiten.

Was denken Sie, warum ist das ein Problem?

Eine Demokratie ist auf einem geteilten Wissensstand ihrer Bürger:innen angewiesen, zumindest zu den zentralen Grundfragen des gesellschaftlichen Zusammenlebens.

Algorithmisch angeleitete Filterblasen und Echokammern sind also auch deshalb problematisch, weil sie die Gefahr bergen, einer gemeinsam geteilten Realität entgegenzuwirken. Eine gemeinsame geteilte Öffentlichkeit ist aber für die Demokratie wichtig, weil nur hier eine Vielfalt unterschiedlicher Meinungen zu Tage treten, die dann diskursiv verhandelt werden können.

Die Algorithmisierung von Kommunikation, Filterblasen, Verschwörungstheorien, die Fragmentierung der Öffentlichkeit - All das sind zentrale Schlagworte für uns Sozialkundelehrer:innen, denn diese Schlagworte verweisen auf neue Bedingungen von öffentlicher Kommunikation und auf neue Bedingungen politischer Meinungsbildung.

Gleichzeitig kann man gegen die Konzentration auf diese Schlagworte auch einen kritischen Einwand erheben: Die genannten Problembereiche drehen sich nämlich alle um *Kommunikationsmedien*, also um veränderte Logiken von Kommunikation und ihren Effekten.

Kritiker:innen wenden ein, dass es sich bei Phänomenen wie Filterblasen, Fake News oder auch bei der Fragmentierung von Öffentlichkeit um sogenannte *Epiphänomene* des digitalen Wandels handelt, also um Phänomene, die der Logik digitaler Strukturen zwar folgen, die aber nicht dafür verantwortlich gemacht werden können, dass dieser Wandel voranschreitet.

Wirklich entscheidende Fragen nach den Funktionslogiken und globalwirtschaftlichen Triebkräften, nach der Machtverteilung innerhalb der digitalen Strukturen, nach Akteur:innen und Unternehmensinteressen der Digitalökonomie bleiben häufig ausgeblendet, wenn man sich allein mit diesen Epiphänomenen auseinandersetzt.

Kommunikation unter Bedingungen der Digitalität dient nämlich nicht nur dem Austausch von Information oder der Verständigung untereinander, sondern auch der Datensammlung und Datenauswertung. Es ist das Geschäftsmodell der meisten Internetplattformen, möglichst umfassend Nutzerdaten zu erheben und zu verwerten.

Der Rahmen zur Kommunikation, der durch digitale Plattformen bereitgestellt wird, dient auch dem Zweck, Kommunikations- und Verhaltensdaten

zu sammeln, um damit eben Profit zu erzielen. Die automatisierte Erhebung, Sammlung und Auswertung digitaler Daten können dafür genutzt werden, Menschen auf subtile Art und Weise zu bestimmten Verhaltensweisen zu animieren.

Das ist ein wichtiger Punkt für uns Sozialkundelehrer:innen: Neben dem Umgang von Lernenden ‚mit‘ dem Digitalen rückt damit die Frage in den Fokus, wie Lernende ‚durch‘ das Digitale beeinflusst und geprägt werden in ihrer Welt- und Selbstsicht. Damit hängt die Frage von Macht zusammen – gemeint ist die Macht der Akteur:innen hinter der Benutzeroberfläche: In wessen Auftrag, aufgrund welcher Problembeschreibung, auf der Grundlage welcher Geschäftsmodelle und Weltbilder, entlang welcher ökonomischer Kriterien werden bestimmte Dienste eigentlich überhaupt entwickelt? Zu welchen Zwecken und zu wessen Gunsten werden Daten analysiert und fruchtbar gemacht?

Die **Relevanz für den Einzelnen** ergibt sich auch daraus, dass die Sammlung und Verknüpfung unterschiedlicher Datenquellen für Betroffene meist unbemerkt erfolgt, dass die Auswertung dieser Daten durch Prognose- und Ratingalgorithmen aber durchaus weitreichende Folgen für unseren Alltag haben kann. Es ist für den Einzelnen nicht absehbar, welche Interpretationen durch Kombination von scheinbar belanglosen Daten möglich sind, und welche potentiellen sozialen Folgen das hat.

Sogenannte ‚**Scoring-Verfahren**‘ beispielsweise berechnen menschliches Verhalten, und dampfen dieses dann auf einen Zahlenwert ein, der dann potentiell als Entscheidungsgrundlage in gesellschaftlichen Bereichen wie der Gesundheitsversorgung, der Vermittlung von Erwerbsarbeit oder der Strafverfolgung eingesetzt werden kann, auch ohne das Wissen und ohne die Zustimmung der Betroffenen. Es geht zum Beispiel um die Berechnung, mit welcher Wahrscheinlichkeit eine Person in der nächsten Zeit straffällig

wird, oder mit welcher Wahrscheinlichkeit es eine Person aus der Langzeitarbeitslosigkeit schafft. Solche Scoring-Ansätze gibt es zum Beispiel in den USA und in Österreich. Und als Vorreiter der Umsetzung von Social-Scoring Systemen gilt China.

Mit diesem Thema ist das Problem der **Informationsasymmetrie** benannt: Die von Unternehmen und Nachrichtendiensten gesammelten Daten – und mit ihnen die Möglichkeiten der Datenanalyse – bewirken eine ziemliche Asymmetrie. Menschen begeben sich ungewollt und meist unbewusst in einseitige Beobachtungsverhältnisse.¹ – und diese Beobachtungsverhältnisse sind nicht demokratisch legitimiert oder kontrolliert und auch die Datenschutzgrundverordnung, die wir hier in Deutschland haben, kann davor nicht ausreichend schützen.

In vielen aktuell zugelassenen Sozialkunde Schulbüchern in Rheinland-Pfalz wird der Eindruck erweckt, es gebe individuelle Handlungs- und Entscheidungsspielräume gegenüber der kommerziellen Sammlung, Analyse, Weitergabe und Kombination von Daten.

Was halten Sie davon?

Für uns wirft das nochmal die ganz grundlegende Frage auf: Wie können wir eine **kritisch-reflexive Selbstpositionierung** des Einzelnen gegenüber der fortschreitenden Datafizierung fördern? Welche Kenntnisse sind nötig, um an öffentlichen Debatten über die gesellschaftliche Transformation kritisch teilhaben zu können.

¹ „Die von Unternehmen und Nachrichtendiensten gesammelten Daten und ihre Möglichkeiten der Datenanalyse verstärken eine Asymmetrie, in der Menschen sich in einseitige Beobachtungs- und Abhängigkeitsverhältnisse begeben und dabei ihre Handlungssouveränität zu verlieren drohen“. Gapski et al. 2018.

Fest steht:

Digitalisierung und Digitalität darf nicht als neutraler, technikgetriebener, quasi unveränderbarer Prozess missverstanden werden, auf den der Politikunterricht nur passiv reagieren kann, zum Beispiel mit Qualifizierungsangeboten im Sinne einer instrumentellen Medienkompetenz. Dadurch wird Bildung selbst apolitisch und affirmsiert zugleich die undurchsichtigen Machtverhältnisse, die das Digitale strukturieren. Vielmehr müssen wir den Blick dafür freilegen, dass Digitalität auf einem **politischen Gestaltungsvorgang** beruht.

Dieser Gestaltungsvorgang steht unter einem **bestimmten normativen Anspruch**: Nämlich alle Menschen als freie, als gleiche und als selbstbestimmte Individuen zu stärken und zu unterstützen.

Und **noch etwas** sollte deutlich geworden sein: Dass man die digitale Welt nicht allein an „digitalen Medien“ oder „digitalen Diensten“, wie X/Twitter, oder Insta, oder ChatGPT oder Mastodon festmachen kann, schon gar nicht an digitalen Endgeräten wie Smartphones oder Whiteboards.

Die „digitale Welt“ kann **nicht** mit digitalen Medien gleichgesetzt werden, sie ist **mehr** als Medien.

Bei der digitalen Transformation handelt es sich um einen umfassenden, vielgestaltigen Prozess, der **sämtliche** Ebenen von Gesellschaft, von Politik, von Sozialisation betrifft und der **strukturveränderndes** Potential hat: Die Digitalität prägt unsere Identitätsgenese. Wir müssen unseren Blick weiten.

Ich würde sagen: Im Fokus des Politikunterrichts darf nicht allein das Lernziel „Umgang mit digitalen Medien“ stehen.

Einen höheren Stellenwert als bisher sollte die politische Bildung dem Ziel beimessen, die sozialen und politischen Folgen und Effekte der Digitalität reflexiv zu bewerten.

Und jetzt freue ich mich auf Ihre Fragen und Gedanken zum Thema.

GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

TWIND

Technik & Wirtschaft:
Integrierte Didaktik

